



Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Kommunalpolitik muss sich aus Sicht von uns Kommunist*innen an den Bedürfnissen der Menschen in Städten und Kommunen orientieren. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, Arbeit, Bildungsmöglichkeiten und Schulen, Sport, Kultur, Freizeiteinrichtungen, sowie alle Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Bildung, Kitas, Gesundheitswesen, Pflege, Energie, Nahverkehr) und eine lebenswerte Umwelt.

Die reale Politik gerät immer mehr in Widerspruch zu diesen Bedürfnissen. Das Abwälzen der Finanzierung sozialer Aufgaben vom Bund auf Länder und Kommunen hat massive Auswirkungen: sozialer Kahlschlag durch Sparmaßnahmen und Privatisierungen. Die Folgen dieser Politik, die vor allem den Interessen der Monopole dienen, führen zu hohen finanziellen Belastungen der Länder, Städte und Kommunen. Diese wiederum wälzen die Belastungen auf die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ab.

Wir treten ein für:

- ◆ Umverteilung der Bundesfinanzen zu Gunsten der Städte und Kommunen
- ◆ Abschaffung der „Schuldenbremsen“ auf allen Ebenen
- ◆ Einführung einer Millionärssteuer von 2 Prozent auf alle Vermögen größer als eine Million Euro
- ◆ Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen
- ◆ Reduzierung des Rüstungsetats und Rücknahme der Hochrüstungspläne
- ◆ Schluss mit Privatisierungen und ÖPP-Modellen
- ◆ Rekommunalisierung von Stadtwerken, Nahverkehr, Wohnungsbau, Kliniken und Pflegeeinrichtungen

Auf den kommenden Seiten stellen wir einige Bereiche vor, die aus unserer Sicht besonders wichtig sind für ein gutes und erfüllendes Leben in unserer Stadt Kiel.



Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Wohnen

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben sicher, sauber und gesund zu wohnen – unabhängig vom Einkommen und sozialem Status. Das funktioniert aber nicht, wenn der Wohnraum eine Ware ist und Konzerne mit der Wohnungsvermietung nur die Gewinnmaximierung im Sinn haben. Das ist der Grund, warum Miet- und Nebenkosten in unserer Stadt immer weiter ansteigen. Für Menschen mit geringem Einkommen steht kaum noch bezahlbarer, menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung. Statt sozialem Wohnraum werden Luxusapartements gebaut (Schlossquartier, Falckstr. oder in der Marthastr. – Marthas Insel).

Wir fordern:

- ★ Schluss mit der stetigen Steigerung der Mieten. Mietpreisstopp für zunächst fünf Jahre
- ★ Zwangsvergabe von Wohnraum, der länger als sechs Monate leer steht, denn Eigentum verpflichtet: Wer nicht renoviert, oder Wohnraum leer stehen lässt, wird enteignet.
- ★ Ein Verbot von Zwangsumzügen von Bezieher*innen von ALG II.
- ★ Erhalt und Rückkauf des ehemaligen Wohnungsbestandes der Stadt Kiel, z.B. der BUWOG-Wohnungen, die an die VONOVIA verkauft werden sollen, und Überführung in eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft.
- ★ Keinen Verkauf von städtischem Grund und Boden an private Investoren.
- ★ Schaffung eines neuen Wohnstadtteiles in Kiel-Holtenau statt Finanzierung des Flughafens.

Arbeit

Arbeit ist ein Menschenrecht. Jede*r muss die Möglichkeit haben durch eigene Arbeit eine menschenwürdige Existenz zu sichern – auch im Ruhestand. Genau das ist aber einem großen Teil der Bevölkerung verwehrt. Statt allgemeinem Wohlstand – wie es bei einem der reichsten und wirtschaftlich stärksten Nationen der Welt wie Deutschland zu erwarten wäre – wachsen Armut, Existenzunsicherheit und Prekarisierung in unserer Gesellschaft. Sie treffen ganz besonders Arbeitslose, Alleinerziehende, Kinder und Renter*innen. Jede fünfte Bürger*in in Deutschland lebt mittlerweile an der Armutsgrenze – viele davon trotz Arbeit oder Rentenzahlungen. Und statt eine menschenwürdige Versorgung zu sichern, verschärft das Hartz-System der Agenda 2010 den sozialen Abstieg.

Wir fordern:

- ★ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- ★ Zurücknahme der Agenda 2010 - weg mit Hartz-IV! Menschenwürdiger Umgang mit allen Erwerbslosen.
- ★ Verbot von Leiharbeit, Outsourcing, Werkverträgen und unbegründet befristeten Arbeitsverträgen.
- ★ Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro pro Stunde.
- ★ Zurücksetzung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre und Steigerung der Rentenzahlungen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Ruhestand menschenwürdig leben können.

Bildung

Kinder sind die Zukunft unserer Stadt und unserer gesamten Gesellschaft. Ihre Bildung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Aber statt Kindern möglichst viele Wege zu öffnen, werden ihnen schon früh Steine in den Weg gelegt. Ihre Möglichkeiten sich zu bilden, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sich so zu entwickeln, dass sie die besten Voraussetzungen für ihr späteres Leben haben, sind in den letzten Jahren immer schlechter geworden. Jedes dritte Kind in Kiel ist von Armut betroffen. Der soziale Status der Eltern vererbt sich auf die Kinder. Und statt dagegen zu wirken, statt in die Bildung zu investieren, in Inklusion und Chancengerechtigkeit, wird bei der Bildung gespart. Es mangelt an Lehrer*innen, Schulgebäude verfallen oder werden privatisiert. Profitinteresse und Elitenförderung – darum geht es den Herrschenden.

Wir fordern:

- ★ Bildung darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig sein. Wir brauchen ein flächendeckendes und kostenloses Angebot an Kindertagesplätzen und eine qualitativ hochwertige kostenlose Ganztagsbetreuung an Grundschulen - einschließlich einer Versorgung mit gesundem Essen.
- ★ Schluss mit der Selektion in Eliten und Rest. „Eine Schule für Alle“ fördert das gemeinsame Lernen und die Inklusion.
- ★ Sofortige Schaffung von bundesweit 20.000 Stellen für Lehrer*innen und 10.000 Stellen für Erzieher*innen.
- ★ Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung aller Schulen statt Zerfall und Verkauf.
- ★ Kostenlose Sport-, Musik- und Kulturförderung der Kinder in allen Schulen.

Gesundheit/Pflege

Gesundheit gehört zu den wichtigsten Dingen im menschlichen Leben. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, ob ein Mensch gesund leben kann und darf. Wir erleben aber genau das Gegenteil: Durch die sog. Gesundheitsreform wird die Finanzierung aller Leistungen einer Klinik nur noch durch Fallpauschalen geregelt. Zusammen mit den nicht ausreichend gegenfinanzierten Kosten für Bau/Modernisierung/Sanierung und das nötige Personal führt dies dazu, dass immer mehr „Fälle“ behandelt werden, um die Kliniken zu finanzieren. Das ist nichts anders als Profit-Orientierung! So wird Gesundheit zur Ware und Privatisierungen und Ausgründungen Vorschub geleistet. Die Folgen: Personalabbau, unwürdige Bedingungen für Patient*innen, teils unnötige Untersuchungen und Operationen (gut vergütete „Fälle“), Hygieneprobleme/Keimkrisen und die Schließung "unprofitabler" Bereiche und Kliniken wie z.B. der Geburtshilfe in SH. Die Lage in der Pflege sieht nicht besser aus. Katastrophale Arbeitsbedingungen und Personalmangel führen zu enormen Stress für die Beschäftigten und als Folge zu schockierenden Missständen für die Patienten und Bewohner von Pflegeeinrichtungen.

Wir fordern:

- ★ Gesundheit und Pflege gehören zur Daseinsvorsorge und damit sind sie öffentliche Aufgaben und keine Ware.
- ★ Nötig ist eine Umkehr: Weg von den Fallpauschalen und hin zu einer bedarfsorientierten Finanzierung. Dazu gehören Bau, Betrieb, Sanierung genauso wie die Finanzierung des

Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Personals.

- ★Sofortige Schaffung der 162.000 Stellen bundesweit, die in den Krankenhäusern und in der Pflege fehlen (in Kiel z.B. im UKSH und dem Städtischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtungen).
- ★Gesetzliche Personalbemessung für alle Stationen/Bereiche in der Krankenversorgung und in Pflegeeinrichtungen.
- ★Schluss mit Privatsierungen und weiteren Ausgründungen in so genannte Servicebetriebe. Rückholung bereits ausgegründeter Betriebsteile. Nur so kann eine gleiche tarifliche Bezahlung für alle Beschäftigten gewährleistet werden.

Nahverkehr/Mobilität

Mobilität gehört zu den wichtigsten Aspekten im städtischen Leben. Egal ob auf dem Weg zur Arbeit, zu Besorgungen, zu Familie oder Freund*innen oder in der Freizeit – Mobilität und Bewegungsmöglichkeiten prägen unseren Alltag. Gerade für eine Stadt wie Kiel, die sich auf zwei Seiten der Förde erstreckt ist die Gewährleistung von Mobilität eine grundsätzliche Lebensfrage. Verkehr bedeutet aber heutzutage vor allem Stress, Lärm und Feinstaubbelastung. Eine eindeutige Orientierung auf den öffentlichen Nahverkehr wird aber von den Herrschenden – Hand in Hand mit der Automobil-Lobby – vermieden. Überhöhte Fahrpreise, überfüllte Busse in den Spitzenzeiten, zu lange Taktzeiten und eine oft mangelhafte Verbindung von Stadtteilen sind die Folge. Und auch das Fahrrad fahren wird im täglichen Verkehrsstress zu einem gefährlichen Abenteuer.

Wir fordern:

- ★Einrichtung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs.
- ★Ausbau des Angebots im öffentlichen Nahverkehr: Mehr Personal, bessere Anbindung der abgelegenen Stadtteile, Verkürzung der Taktzeiten (vor allem in den Abendstunden und an Wochenenden), Gewährleistung des Fährverkehrs auch im Winter, Einrichtung von kurzen Fährverbindungen über die Kieler Förde an mindestens drei Stellen mit ausreichender Frequenz.
- ★Ausbau des Radwegenetzes mit breiten Fahrradstraßen und Fußwegen.
- ★Einrichtung einer Stadtreionalbahn, sowie die Wiederinbetriebnahme vorhandener Bahnstrecken.

Klimaschutz/Umwelt/Energieversorgung

Seit 1995 nennt sich die Stadt Kiel „Klimaschutzstadt“. In ihrem Masterplan wurde als ein Ziel eine 95-prozentige Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen benannt. Grundsätzlich unterstützen wir dieses Ziel – wenn es dazu dient die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Dem entgegen stehen die Interessen der Energiekonzerne und der Autoindustrie. Ihr Ziel ist die schnelle Gewinnmaximierung auf Kosten der Menschheit und der Natur und die Abwälzung aller Lasten (Atommüllentsorgung, Luft- und Wasserverschmutzung) auf die Allgemeinheit. Deshalb helfen nur Gesetze, die die Verursacherhaftung ernst nehmen und bei Nichteinhaltung Enteignung zur Folge haben. Saubere Luft kann nicht durch die frische Meeresbrise in Kiel erzeugt werden.

Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Hohe Belastungen durch Heizung, Straßen- und Schiffsverkehr auf der Förde und im Kanal erfordern schnelle und konsequente Maßnahmen. Umweltfreundliche und kostengünstige Energieversorgung ist ein Bestandteil der Daseinsvorsorge für alle Kieler Bürger*innen.

Wir fordern:

- ★ Die Rekommunalisierung der Kieler Stadtwerke und ihre Orientierung auf Öko-Strom in der gesamten Stadt. Dazu gehört auch der Ausbau regionaler Netze unter kommunaler Verwaltung.
- ★ Orientierung auf solarbetriebene Fähren.
- ★ Anschlusspflicht an Landstrom für Kreuzfahrtschiffe und andere Großfähren.
- ★ Förderung drittmittelunabhängiger Forschung an den Hochschulen und Fachhochschulen, die sich mit Techniken der Energieeffizienz, intelligenten Netzen, umweltfreundlicher Materialforschung, nachhaltiger Energienutzung und Mobilität befassen.
- ★ Einbeziehung von erneuerbarer Energie in das Wärmeversorgungskonzept im Stadtgebiet und der Region sowie verpflichtende Nutzung von Abwärme aus Abwasser und Lüftungssystemen.

Demokratie/ Soziale Stadt

Die Möglichkeiten, an den Entscheidungen in unserer Stadt teilzuhaben, reduzieren sich auf die Wahlen und einige wenige, mühsam erkämpfte Bürgerentscheide. Durch die Privatisierung von städtischen Aufgaben wird der Ratsversammlung die Einflussnahme auf diese Bereiche fast unmöglich gemacht. Die Unterfinanzierung der Stadt wird im Wesentlichen hervorgerufen durch die so genannte „Schuldenbremse“ und die Verlagerung von Kosten des Bundes und des Landes auf die Kommune. Sie schränkt deren Handlungsspielraum fast auf null ein. Daraus resultieren ÖPP-Modelle und andere Formen der Privatisierung.

Unsere Stadt muss eine demokratische Stadt werden, in der die Einwohner*innen umfassende Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen, in der nichts hinter verschlossenen Türen und ohne öffentliche Kontrolle passiert.

Wir fordern:

- ★ Alle Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.
- ★ Städte und Gemeinden müssen ausreichend aus Steuermitteln versorgt sein, damit sie keine Schulden machen müssen und alle Formen der Daseinsvorsorge finanzieren können.
- ★ Alle Beratungen der Ratsversammlung sowie seiner Ausschüsse sind öffentlich abzuhalten. Die Ratsvertreter*innen müssen alle Informationen bekommen, es darf keine Geheimverträge geben.
- ★ Das politische Mittel des Volksentscheids muss für bestimmte Entscheidungen zwingend vorgeschrieben werden.
- ★ Aktives und passives Wahlrecht für alle Einwohner*innen ab 16 Jahren unabhängig von ihrer Herkunft.

Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Frieden/Abrüstung

Dieses Jahr jährt sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkrieges. Im November 1918 waren es gerade Kieler Matrosen und Arbeiter*innen, die aussprachen, was die Mehrheit der Menschen in Deutschland und der ganzen Welt dachte: „Nieder mit dem Krieg!“ und „Frieden, Arbeit, Brot!“. Ihr Aufstand war der Startpunkt für die Novemberrevolution und für die Beendigung des Weltkrieges. Dieses Jubiläum soll 2018 in unserer Stadt groß gefeiert werden. Aber statt die Lehren aus zwei Weltkriegen, aus Bomben, Faschismus und Zerstörung zu ziehen, setzen die Herrschenden wieder auf Militarisierung, Aufrüstung und Großmachtpolitik. Die Militärausgaben werden drastisch gesteigert. Und auch Kiel ist ganz vorne mit dabei: Als Rüstungsstandort, als Standort der Kriegsmarine, als Drehscheibe für die NATO-Aufrüstung im Ostseeraum und mit dem Institut für Sicherheitspolitik (ISPK) an der Universität Kiel als Denkfabrik für Kriegsstrategien.

Wir fordern:

- ★ Abrüsten statt Aufrüsten.
- ★ Verbot von Rüstungsexporten. Umwandlung der Kriegsproduktion in zivile Produktion, die den Menschen nutzt.
- ★ Durchsetzung der Zivilklausel an den schleswig-holsteinischen Hochschulen.
- ★ Trennung des ISPK von der Uni Kiel und stattdessen Wiedereinrichtung des Institutes für Friedensforschung.
- ★ Bundeswehr raus aus Schulen, Jobmessen, Arbeitsämtern und dem öffentlichen Raum.
- ★ Kiel muss zu einer Stadt des Friedens und die Ostsee zum „Meer des Friedens“ werden
Entmilitarisierung der Kieler Woche.
- ★ Deutschland muss raus aus der NATO.

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD ★ KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER

JANE ZAHN ★ ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER ★ PUNK ★ LIEDERMACHER ★ RUMBIA ★ SKA

**THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN**

7. – 9. September 2018

Revierpark Wischlingen Dortmund



Kommunalpolitische Positionen der DKP Kiel

Wer soll das bezahlen?

Unsere Forderungen sind keineswegs unrealistisch. Sie sind ohne weiteres finanzierbar, denn Geld ist genug da. Es fließt in die Rüstung und die Taschen der Reichen und Superreichen.

Im Jahr 2017 betrug der Rüstungshaushalt offiziell 37 Milliarden Euro und war damit der zweitgrößte Posten des gesamten Bundeshaushaltes. Laut Plan der NATO sollen die Militärausgaben auf zwei Prozent der Bruttoinlandsproduktes (BIP) angehoben werden. Nach aktuellem Stand wären das circa 62,5 Milliarden Euro – nahezu eine Verdoppelung. Geld für das Militär ist also verfügbar. Es muss stattdessen in die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden.

Die Unternehmen und Kapitalgesellschaften in Deutschland machten 2016 Gewinne in Höhe von 1.415 Milliarden Euro (Quelle: isw-Wirtschaftsinfo 51). Diese Gewinne beruhen auf der Ausbeutung derjenigen, die in diesen Unternehmen arbeiten. Aber statt den Lohnbeschäftigten zu Gute zu kommen, werden die Gewinne von den Kapitalisten angeignet. Sie müssen umverteilt werden.

Wir schlagen vor:

- ✳ Eine Millionärssteuer von 2 Prozent bringt 48 Milliarden Euro pro Jahr.
- ✳ Statt 30 Milliarden zusätzlich in die Rüstung zu investieren, müssen diese in die Daseinsvorsorge fließen
- ✳ Abrüsten statt Aufrüsten: Eine 20-prozentige Kürzung der Rüstungsausgaben bringt 7 Milliarden Euro pro Jahr.

Mit diesen Maßnahmen können die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können, ohne Schulden machen zu müssen.

Mach mit – gemeinsam sind wir stark!

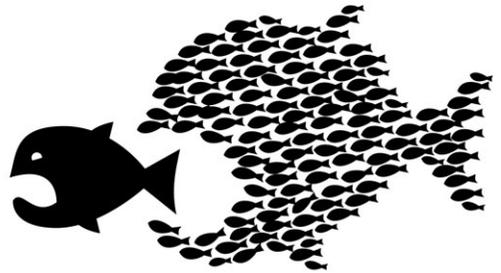
Wir setzen uns für die Verwirklichung unserer kommunalpolitischen Positionen ein. Wir wissen aber, dass diese nur im Widerstand gegen die Pläne der Konzerne durchzusetzen sind. Denen geht es um maximale Profite in allen Bereichen – uns geht es um gute Lebensbedingungen für alle in unserer Stadt.

Im Wahlkampf versprechen auch andere Parteien Verbesserungen zu schaffen. Diese Versprechen werden in der Regel nach den Wahlen reihenweise gebrochen. Um tatsächliche Verbesserungen zu erreichen reicht es eben nicht, sich nur auf Wahlen zu verlassen.

Wir Kommunist*innen engagieren uns mit unseren Themen und Positionen unabhängig von Wahltagen. Wir sind in Bewegungen, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften aktiv. Wir wollen, dass die Menschen aktiv werden und für ihre Interessen eintreten.



Gemeinsam sind wir stark!



Wir rufen euch auf: Lasst uns nicht nur schimpfen, lasst uns gemeinsam aktiv werden – in Kitas und anderen Bildungsbereichen, für mehr Personal im Krankenhaus, in der Altenpflege, für eine umweltfreundliche Stadt, für gute Löhne, für bezahlbaren Wohnraum, gegen Altersarmut und vieles mehr.

Erfolge erreichen wir nur gemeinsam: In gemeinsamen Kämpfen von Gewerkschafter*innen, Arbeiter*innen, Angestellten, Erwerbslosen, Rentner*innen, Auszubildenden, Studierenden, Schüler*innen, Migrant*innen und Geflüchteten.

Wir machen uns keine Illusionen über die derzeitigen Möglichkeiten, unsere kommunalpolitischen Positionen umzusetzen. Aber wir haben Hoffnungen für mehr Bewegung und breitere Diskussionen über die Frage, wie wir leben wollen – heute und in der Zukunft.

Kontakt zur DKP Kiel:

www.dkpkiel.de
info@dkpkiel.de
[facebook/DKP-Kiel](https://www.facebook.com/DKP-Kiel)



Wir treffen uns einmal in Monat zu unserer Mitgliederversammlung in der Jugendherberge Kiel (Johannesstr. 1, 24143 Kiel) und darüber hinaus zu Bildungsabenden und gemeinsamen Aktionen. Die aktuellen Termine findest du auf unserer Homepage.